

Große Kreisstadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 1 - Teilnahmeantrag

(Hinweis: Bei Bietergemeinschaften und Eignungsleihe ist das Formblatt 1 von dem federführendem Büro der Bietergemeinschaft auszufüllen.)

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Teilnahmeantrag im Verhandlungsverfahren zum o. g. Bauvorhaben für

- Verkehrsplanung gemäß § 45 ff. i.V. mit Anlage 13.1 HOAI
- Technische Ausrüstung, ALG 4 und 5 (Elektrotechnik) gemäß §§ 53 ff. HOAI

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bewerben uns im o.g. Verhandlungsverfahren und bitten um Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Unternehmen	
Name der Bietergemeinschaft	

Zum Beleg unserer Fachkunde und Eignung fügen wir die geforderten Unterlagen entsprechend der Bekanntmachung bei. Unser Antrag umfasst Seiten.

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise**Punkt A - Angaben zum Bieter** (Blatt 1)*(Hinweis: Einzelunternehmer füllen bitte Formblatt 2A, Blatt 1 aus, bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt 2A, Blatt 2 bis 4 auszufüllen.)*

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Unternehmen	
Anschrift	
Ansprechpartner	
Kontaktdaten	
Telefon	
Email	

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise**Punkt A - Angaben zum Bieter** (Blatt 2)*(Hinweis: Einzelunternehmer füllen bitte Formblatt 2A, Blatt 1 aus, bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt 2A, Blatt 2 bis 4 auszufüllen.)*

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Bei Bietergemeinschaften/Eignungsleihe auszufüllen (bei Bedarf kann dieses Formblatt vervielfältigt werden):

Name des Mitglieds	
Anschrift	
Gesellschaftsform	
Haupteigentümer	
Ansprechpartner	
Kontaktdaten	
Telefon	
Email	

Name des Mitglieds	
Anschrift	
Gesellschaftsform	
Haupteigentümer	
Ansprechpartner	
Kontaktdaten	
Telefon	
Email	

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise

Punkt A - Angaben zum Bieter (Blatt 3)

(Hinweis: Einzelunternehmer füllen bitte Formblatt 2A, Blatt 1 aus, bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt 2A, Blatt 2 bis 4 auszufüllen.)

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft/bei Eignungsleihe:

--

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise

Punkt A - Angaben zum Bieter (Blatt 4)

(Hinweis: Einzelunternehmer füllen bitte Formblatt 2A, Blatt 1 aus, bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt 2A, Blatt 2 bis 4 auszufüllen.)

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft

Unternehmen	
Bevollmächtigter Vertreter	
Kontaktdaten Telefon Email	

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bietergemeinschaft. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

Für das Unternehmen (Mitglied ...)

_____ (Ort, Datum) _____ (Name(n) der Person(en), die die Erklärung rechtsverbindlich abgibt/abgeben)

Für das Unternehmen (Mitglied ...)

_____ (Ort, Datum) _____ (Name(n) der Person(en), die die Erklärung rechtsverbindlich abgibt/abgeben)

Für das Unternehmen (Mitglied ...)

_____ (Ort, Datum) _____ (Name(n) der Person(en), die die Erklärung rechtsverbindlich abgibt/abgeben)

Für das Unternehmen (Mitglied ...)

_____ (Ort, Datum) _____ (Name(n) der Person(en), die die Erklärung rechtsverbindlich abgibt/abgeben)

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise**Punkt B - Qualifikation als Architekt und/oder Ingenieur sowie der Bauvorlageberechtigung***(Hinweis: Bei Bietergemeinschaften und Eignungsleihe ist das Formblatt 2B für das federführende Unternehmen auszufüllen.)*

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Befähigung zur Berufsausübung als Architekt oder Ingenieur

Name	
Unternehmen, Anschrift	

Der Nachweis der Qualifikation befindet sich in der Anlage.

Nachweis der Bauvorlageberechtigung (optional)

Name	
Unternehmen, Anschrift	

Der Nachweis befindet sich in der Anlage.

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise**Punkt C - Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 [Blatt 1]***(Hinweis: Bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt 2C für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen.)*

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerberbs/Bieers oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,

c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise

Punkt C - Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 [Hinweis zu Blatt 1]

(Hinweis: Bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt 2C für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen.)

1. Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
 - a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
2. Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
 - a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
 - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
3. Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
4. Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise**Punkt C - Erklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123, 124 GWB; Mindestlohn (Blatt 2)***(Hinweis: Bei Bietergemeinschaften und Eignungslleihe ist das Formblatt 2C für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen.)*

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Hiermit wird erklärt, dass für den Bieter und seine gesetzlichen Vertreter keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB bestehen. Es wird versichert, dass keine Person, deren Verhalten dem Bieter zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt worden ist wegen:

- § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland; Einziehung),
- § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
- § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b
- § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- §§ 333, 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
- §§ 232, 232a Abs. 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße in diesem Sinne stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Ich versichere, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und dass keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung existiert, durch die festgestellt wurde, dass das Unternehmen diesen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise**Punkt C - Erklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123, 124 GWB; Mindestlohn (Blatt 3)***(Hinweis: Bei Bietergemeinschaften und Eignungsleihe ist das Formblatt 2C für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen.)*

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Hiermit wird für den Bieter und seine gesetzlichen Vertreter gemäß § 124 GWB erklärt, dass:

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat;
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und seine Tätigkeit nicht eingestellt hat;
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte;
- das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages oder Konzessionsvertrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat;
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln;
- das Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen;
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte;
 - c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise

Punkt C - Erklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123, 124 GWB; Mindestlohn (Blatt 4)

(Hinweis: Bei Bietergemeinschaften und Eignungslleihe ist das Formblatt 2C für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen.)

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Hiermit wird für den Bieter und seine gesetzlichen Vertreter gemäß § 19 Abs. 3 MiLoG erklärt, dass:

ich/wir nicht wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG (Mindestlohngesetz) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500,00 Euro belegt worden bin/sind.

Stadt Borna

Bauvorhaben "Umgestaltung Busbahnhof zur ÖPNV-Verknüpfungsstelle Borna"

Datum der Bekanntmachung: 20.12.2023

Formblatt 2 - Formale Erklärungen und Nachweise

Punkt D - Erklärung zur Haftpflichtversicherung

(Hinweis: Bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen.)

Bewerber:	
Name der Person, die das Angebot rechtsverbindlich für den Bewerber/ die Bietergemeinschaft abgibt:	
Bezeichnung Bietergemeinschaft:	

Das Unternehmen verfügt über eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von

Personenschäden	
Sach- und Vermögensschäden	

je mit zweifacher Maximierung pro Jahr. Die Bestätigung der Versicherungsgesellschaft befindet sich in Anlage.

Alternativ:

Weist die bestehende Berufshaftpflichtversicherung geringere Deckungssummen auf bzw. sind die hier nachgefragten Tätigkeiten nicht abgedeckt, ist durch die Versicherungsgesellschaft schriftlich zu erklären, dass im Auftragsfalle die bestehende Versicherung den Anforderungen angepasst wird. Die Erklärung befindet sich in der Anlage.

